

# EUROPA-WIRTSCHAFT

## DER STAND DER WIRTSCHAFTLICHEN INTEGRATION EUROPAS IM SOMMER 1969

Solange der französische Präsident *de Gaulle* hieß, konnten es sich die Regierungen und deren Interpreten in schöner Regelmäßigkeit leisten, pathetische Bekenntnisse für die politische Integration der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), ja sogar für ihre Erweiterung abzulegen. Denn einem verbalen „Ja“ zu Europa brauchte man keine Taten folgen zu lassen, dafür sorgte schon der Mann, der sich nun auf sein Altenteil zurückzog. Sein Veto war sicher (und als Notbremse sehr oft von den „Europa-Bekennern“ schon einkalkuliert); es kostete also nichts, für den weiteren Ausbau der Sechsergemeinschaft zu sein.

Der unerwartet schnelle Abgang des Generals von der französischen und europäischen Bühne macht diesem Schattenboxen nun ein Ende. Es ist der Zeitpunkt gekommen, zu dem auch die bundesdeutschen Politiker, die Italiener, Holländer und Belgier offen und klar erklären müssen, ob, wie, wann und mit welchen Zugeständnissen sie Kurs auf den europäischen Bundesstaat nehmen wollen. Ein solcher Fahrplan aber steht noch aus, das Betriebspersonal wartet ab, ob der Pariser Hauptbahnhof das Abfahrtsignal auf grün schaltet und die Weichen so stellt, daß der Europa-Zug Fahrt — wenn auch nicht im Express-Tempo — aufnehmen kann.

### *Warten auf Paris*

Bei den Sondierungsgesprächen, die Bundesaußenminister *Willy Brandt* am 4. Juli 1969 in Paris führte, ergaben sich keine wesentlichen Kurskorrekturen der französischen Europa-Politik. Ungeklärt blieben folgende drei Fragenkomplexe:

1. Welche Probleme müssen jetzt auf dem Weg in die Europäische Wirtschaftsunion gelöst werden, ohne die Übergangsfrist zu verlängern?
2. Wie weit geht das französische -Entgegenkommen gegenüber Großbritannien und den anderen EWG-Kandidaten?
3. Wie steht Paris zu einer europäischen Gipfelkonferenz und zu einem neuen Ansatz für die politische Integration?

Die politischen Erben des ersten Präsidenten der V. Republik haben zwar keine der gegenwärtig realisierbaren Möglichkeiten zur

Ankurbelung der europäischen Kooperation und zur Erweiterung der Gemeinschaft abgeschlossen, aber auch in keinem Punkt feste Zusagen gemacht oder klare Positionen bezogen.

Sowohl Staatspräsident *Georges Pompidou* als auch Ministerpräsident *Jacques Chaban-Delmas* und Außenminister *Maurice Schumann* haben einige Fixpunkte erkennen lassen, denen sie aber in verschiedenen Erklärungen verschiedene Akzente zuordneten. Frankreich, so scheint es, ist zwar bereit, das de Gaulle'sche Dogma fallenzulassen, nach dem eine Ausweitung der EWG zugunsten Großbritanniens und anderer beitragswilliger Staaten die Gemeinschaft nicht nur verändern, sondern auch zerstören müsse. Aber Paris befürchtet weiterhin — trotz der allgemein gehaltenen Zusage, die französische Seite könne sich mit Verhandlungen zwischen der Sechsergemeinschaft und London befreunden —, daß eine eventuelle Erweiterung der EWG zu deren „Verwässerung“ führt.

Frankreich betrachtet — ähnlich wie andere Partnerstaaten — die Erweiterung, die Verstärkung und den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft als ein zusammenhängendes Problem. Zunächst gelte es die EWG auszubauen und zu festigen, um danach England vor vollendete Tatsachen zu stellen. Dieses Konzept schließt zwar die baldige Aufnahme von Verhandlungen mit Großbritannien nicht aus, würde ihnen aber ein Teil ihres Gewichts nehmen.

In diesem Zusammenhang bekräftigte *Brandt*, daß die Bundesrepublik ihrerseits keine eigenen Schritte in Richtung auf eine EWG-Erweiterung plane: „Dies ist aus deutscher Sicht nicht die Zeit für große verbale Initiativen.“ Deswegen begrüßte der Bundesaußenminister auch das von der französischen Regierung vorgeschlagene Treffen der sechs Regierungschefs der Gemeinschaft zur Erörterung der europäischen Zukunft. Ein Termin dafür steht noch aus, vor dem Herbst dieses Jahres ist nicht daran zu denken, da der Wunsch nach eingehenden Beratungen über die derzeitige Lage und nach Absprachen zwischen den Partnerstaaten besteht.

Zudem dürfte die französische Diplomatie einige Zeit brauchen, um eine gewisse Neuorientierung der Europapolitik vorzubereiten. Denn Frankreich hat erkannt, daß der Eintritt Londons in die Gemeinschaft für die französischen Interessen geradezu eine Notwendigkeit werden könnte. Das Gleichgewicht innerhalb der EWG gerät in Gefahr — zu diesen Schlußfolgerungen kommt man in Frankreich (und anderswo) —, durch eine wirtschaftliche, politische und militärische Hegemonie der Bundesrepublik in Westeuropa ge-

stört zu werden. Bevor Paris seinen Kurs näher bestimmt, wird es die Bundestagswahlen und den Ausgang der innenpolitischen Krise Italiens abwarten, daran ändert auch die Bonn-Visite von Staatspräsident Pompidou nichts, zu der er noch vor den Bundestagswahlen — wahrscheinlich in der ersten Septemberhälfte — aufbrechen will. Frankreich wird nach einem neuen Gleichgewicht suchen; der Ausspruch von Chaban-Delmas, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit einen exemplarischen, aber keinen exklusiven Charakter haben solle, deutet in diese Richtung.

Vor dem Bundeskabinett gab Brandt — noch vor seiner Paris-Reise — eine Erklärung ab, die die deutsche Europapolitik gegen solche Befürchtungen abschirmen soll:

1. Die Bundesrepublik strebt keine Führungsrolle in Westeuropa an. In Anbetracht der zu erwartenden intensiven Gespräche im europäischen Rahmen wird die Bundesrepublik trotz des Wahlkampfes in der Europapolitik aktiv bleiben und dadurch Entscheidungen in Brüssel erleichtern.

2. Überstes Ziel bleibt der Ausbau der Gemeinschaft zu einer Wirtschaftsunion sowie die Erweiterung der EWG um alle Antragsteller.

3. Die Bundesregierung will alles tun, um auf außenpolitischem Gebiet zu einer besseren europäischen Solidarität zu kommen.

4. Die Bundesrepublik ist sich im klaren darüber, daß der Schlüssel für weitere Fortschritte der Europapolitik bei Frankreich liegt; sie will jedoch auf Frankreich keinen Druck ausüben.

#### *Das Hallstein-Gutachten*

Professor *Walter Haustein* — zehn Jahre Präsident der Europäischen Kommission — hat in einem Gutachten für den „Aktionsausschuß für die Vereinigten Staaten von Europa“ Vorschläge zur Stärkung der Institutionen bei einer Erweiterung der Gemeinschaft unterbreitet. Eine Verwässerung der EWG und eine Minderung ihrer Dynamik durch die Aufnahme neuer Mitglieder könne nur vermieden werden, wenn anlässlich der Erweiterung der Gemeinschaft ihre Organisation gestrafft und ihre Verfassung gestärkt werde. Eine Erweiterung für sich allein — so meint Hallstein — bedeute noch keine Stärkung der Gemeinschaft. Nur wenn die Verfassung der EWG zugunsten eines europäischen Bundesstaates fortgebildet werde, könnte sich die Erweiterung als ein Fortschritt auf dem Weg zur politischen Einheit des europäischen Kontinentes erweisen. Denn ohne einen europäischen Bundesstaat sei Westeuropa dazu ver-

urteilt, wirtschaftlich und technisch hinter den Weltmächten in Ost und West zurückzubleiben. Die volle Einheit Westeuropas liege „in der Hand der Regierungen. Nichts rechtfertigt die Annahme, daß die geschichtliche Situation, die diese Einigkeit heute möglich werden läßt, ohne zeitliche Begrenzung fortbestehen wird. Unverzügliches Handeln ist daher geboten.“

Hallstein möchte die institutionelle Ordnung verbessert wissen, wenn es gelingen solle, „außenpolitische Konflikte in europäische Innenpolitik zu verwandeln“. Ohne eine demokratische Verfassung aber sei die Handlungsfähigkeit Europas nach innen und außen nicht gesichert. „Den Organisations- und Verfassungsproblemen der europäischen Integration“ — fährt der Gutachter fort — „gebührt daher die höchste Priorität.“ Endziel solle ein europäisches Zweikammersystem sein — mit einem europäischen Parlament und einem europäischen Staatenhaus. Soweit Walter Hallstein.

Dieses Gutachten für den *Monnet-Ausschuß* bleibt Vision, wenn die Regierungen der Gemeinschaft ihr Plazet nicht zu folgenden Forderungen geben:

1. Mehr Macht und stärkere Rechte für die Brüsseler Kommission. Das hieße unter anderem: Mehr „europäische“ Einnahmen, damit sie mehr als bisher europäische Strukturpolitik betreiben kann.

2. Aufgabe des nationalen Veto-Rechts in der Praxis des Ministerrates zugunsten reiner Mehrheitsentscheidungen.

3. Das Europäische Parlament muß sich in eine wirkliche europäische Volksvertretung verwandeln, nämlich ausgestattet mit Kontroll- und Zustimmungsrechten gegenüber der „Europa-Regierung“ in Brüssel. Das hieße aber europäische Wahlen zu diesem Parlament.

Dies wären entscheidende Schritte über den Rubikon, die keine Rückkehr zum Status quo zuließen. Nur ein solches Programm könnte die Übergangsphase endgültig abschließen. Sonst dürfte die 1970 beginnende Endphase mehr ein formeller Akt sein als die Bestätigung einer sicheren und dauerhaften Tatsache.

#### *Fahrplan einer europäischen Wirtschaftspolitik*

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission, *Raymond Barre*, dürfte Recht haben, wenn er folgende zwei Tatsachen als charakteristisch für die Lage der Gemeinschaft herausstellt: einerseits die starke wirtschaftliche Interdependenz zwischen den EWG-Ländern, die sich hauptsächlich aus der Beseitigung der Zollschränken ergibt — andererseits die ungenügenden Fortschritte bei der Koordinierung der nationalen Politiken, welche die Funk-

tionsfähigkeit des Gemeinsamen Marktes beeinflussen.

Denn infolge der Verflechtung der Märkte wird jedes der Mitgliedsländer mehr als zuvor von der Entwicklung in den Partnerländern beeinflusst. Eine Verlangsamung oder eine Rezession im Wachstum eines Mitgliedslandes verringert den innergemeinschaftlichen Handel und stört somit die Entwicklung in allen Ländern; andererseits stimuliert das Wirtschaftswachstum eines Landes die Konjunktur der anderen; Inflation in einem Land gefährdet früher oder später die Preisstabilität in den anderen Ländern.

Es ist für jede Wirtschaft schwierig, das magische Viereck — (Einkommens-)Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und Außenhandelsgleichgewicht — zu verwirklichen; je nach den Umständen muß eines der Ziele erreicht oder bewahrt werden, ohne daß die übrigen vollständig realisiert werden können. Was für das einzelne Land gilt, trifft auch für die Gemeinschaft als Ganzes zu:

1. Die wesentlichen, mittelfristigen Ziele der Partnerstaaten müssen — aufeinander abgestimmt — festgelegt werden, um ihre gegenseitige Vereinbarkeit sicherzustellen.

2. Es müssen Verfahren entwickelt werden, mit denen alle wichtigen Entscheidungen und Maßnahmen der Mitgliedstaaten, welche spürbare Auswirkungen auf die Wirtschaften der Partner und auf das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes haben können, einer vorherigen Konsultation zu unterziehen sind.

3. Es ist ein gemeinschaftlicher Mechanismus der monetären Kooperation zu schaffen, der einem Land, welches sich in Schwierigkeiten befindet, die kurz- oder mittelfristige Unterstützung seiner Partnerländer garantiert.

Ein solches System würde nicht nur unilaterale Maßnahmen eines EWG-Staates verhindern, sondern vor allem ermöglichen, die Ungleichgewichte und die erforderlichen Lösungsmöglichkeiten zu analysieren, und zwar in einem gemeinschaftlichen Rahmen und unter gemeinschaftlichen Perspektiven, die sich aus der Durchdringung der sechs Volkswirtschaften als gerechtfertigt erweisen. Diese Vorschläge sind, so meint auch Barre, realistisch, da sie, im Rahmen der sehr allgemeinen und sehr wenig zwingenden Vorschriften des Rom-Vertrages sowohl den Erfordernissen der EWG als auch den Sorgen der Regierungen — ihre Handlungsfreiheit aus nationaler Verantwortung nicht völlig aufzugeben — Rechnung tragen.

#### *Europäische Regionalpolitik*

Daß eine wirtschaftspolitische Kooperation nicht ohne eine intensive Zusammenarbeit zu-

gunsten einer gemeinsamen Planung der Infrastruktur innerhalb der Gemeinschaft auskommt, ist einleuchtend. Innerhalb der Grenzen der EWG leben heute 185 Millionen Menschen auf einer Fläche von knapp 1,2 Millionen Quadratkilometern. 1975 ist mit etwa 196 Millionen Einwohnern zu rechnen. Dabei wird es verhältnismäßig weniger Erwerbstätige geben, da die Zahl der alten Menschen steigt und die junge Generation wegen der immer komplizierteren Anforderungen im Berufsleben mit einer längeren Ausbildungszeit rechnen muß. Weniger Menschen müssen also mehr leisten und verdienen, damit der Lebensstandard aller Bürger wachsen kann.

Auf 51 vH der EWG-Bodenfläche leben heute 28 vH der Bevölkerung. Das sind die vorwiegend landwirtschaftlichen Regionen der Gemeinschaft. Auf die halbindustrialisierten Regionen der EWG entfallen 33 vH der Fläche und 30 vH der Bevölkerung. In den industriellen Ballungsgebieten leben 42 vH der Bevölkerung auf 16 vH der Fläche.

Die teilweise sprunghafte Expansion der Industrie während der vergangenen Jahre wird sich zu langsameren Wachstumsraten wandeln. Der Dienstleistungssektor dagegen steigt in seiner Bedeutung in den kommenden Jahren und wird eine Vielzahl neuer, sehr qualifizierter Arbeitsplätze anbieten. Die zunehmende Mechanisierung und Großproduktion in der Landwirtschaft führt zu einer Verringerung der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze.

Aus diesen Entwicklungstendenzen ergibt sich die Bedeutung der Regionalpolitik und der Infrastrukturplanung für weite Gebiete der EWG. Die freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl ist nur gewährleistet, wenn die Politik der modernen Berufsausbildung und einer zu verbessernden Infrastruktur gerecht wird. Wirtschaftswachstum ist von einer steigenden Produktivität determiniert. Eine entsprechende Strukturwandlung in den einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft muß durch eine vorausschauende Regionalpolitik — die nicht wie bisher an den nationalen Grenzen haltmacht — gesteuert werden. Wenn ein Wirtschaftszweig — sei es im nationalen oder im EWG-Rahmen — Arbeitskräfte freisetzt, sollten schon neue Produktions- und Dienstleistungsbetriebe in der Nachbarschaft bereitstehen, um die freigesetzten Arbeitskräfte aufzunehmen. Dazu bedarf es einer zukunftsweisenden Planung der Infrastruktur durch die öffentliche Hand des jeweiligen Staates und — mit dem Ausbau der Wirtschaftsunion — der übernationalen EWG-Behörden. Ausbau der Energieversorgung, Anschluß an das überregionale Verkehrssystem und Erstellung zivilisatorischer Einrichtungen müssen recht-

zeitig gesichert sein. Die EWG-Kommission ist daher gut beraten, wenn sie bald eine gemeinsame Konzeption der Sechs vorzulegen gedenkt, die die Grundlagen einer europäischen Regionalpolitik absteckt.

#### *Notwendige gewerkschaftliche Aktivitäten*

Die demokratischen Gewerkschaften der sechs EWG-Länder werden sich auch in Zukunft — trotz der bestehenden Schwierigkeiten — nicht davon abhalten lassen, das europäische Einigungswerk fortzusetzen und es in konstruktiver Weise auszubauen. Aber für sie ist die Integration kein Wert an sich, sondern gewinnt letztlich nur dann ihren Sinn, wenn die Gemeinschaft dem sozialen Fortschritt und der Schaffung demokratischer Strukturen in Europa dient.

Die internationale wirtschaftliche Verflechtung läßt den Gewerkschaften nur die eine Konsequenz, „eine national eng begrenzte Betrachtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik endgültig und nicht nur äußerlich aufzugeben und sich einer Entwicklung zu stellen, die von den Unternehmen der freien Welt längst erkannt worden ist“ (so *Ludwig Rosenberg* auf dem IX. Weltkongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften — IBFG — in Brüssel Anfang Juli 1969). Die Gewerkschaften der EWG sind in der Tat dazu gezwungen, sich auf eine mehr oder weniger gleichartige Wirtschaftspolitik zu einigen, um Erschütterungen zu vermeiden, wie sie in den letzten Jahren aufgetreten sind. Es kann nicht den internationalen Konzernen überlassen bleiben, die Weichen in wirtschaftlichen und sozialen Fragen allein oder in Absprache mit ihren Gesinnungsfreunden in Regierungen und Parlamenten zu stellen. Die Gewerkschaften müssen supranational agieren und darauf verzichten, nur als „sozialpolitische Heilsarmee“ in Erscheinung zu treten. Eine gemeinsame Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik muß sofort in Angriff genommen werden. Die dafür notwendigen Instrumente sind zu schaffen und die nationalen Mitgliedsorganisationen sind zu jener Solidarität zu verpflichten, die Voraussetzung für den Erfolg ist. Der „Europäische Gewerkschaftsbund“ wird — will er in dieser Richtung Resultate erzielen — an den starken italienischen und französischen Gewerkschaften nicht vorbeigehen können, die unter kommunistischem Einfluß stehen.

#### *Die Wirtschaftslage der Gemeinschaft*

Das Bruttosozialprodukt der Gemeinschaft dürfte in diesem Jahr um etwa 6 vH zunehmen (die Industrieproduktion um etwa 9 vH). Die Einfuhren dehnen sich kräftig aus, trotz

der Währungskrisen und der in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen. Die lebhafte Wirtschaftsexpansion wird vor allem von der Inlandsnachfrage getragen, die sich fühlbar beschleunigt hat. Der private Verbrauch entwickelt sich ebenfalls dynamisch. Die Produktion kann sich nicht mehr in allen Bereichen der wachsenden Nachfrage anpassen, obwohl sich — bei abnehmenden Produktivitätsfortschritten — die Beschäftigung fühlbar erhöhte. Die effektive Arbeitszeit je Beschäftigtem hat zugenommen und die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften hat sich so kräftig erhöht, daß sie nicht mehr in jedem Falle gedeckt werden kann. Die Arbeitslosigkeit ging daher in allen Mitgliedsländern stark zurück.

Trotz der raschen Ausweitung des Inlandsangebots in der Gemeinschaft hat das beschleunigte Wachstum der Inlandsnachfrage eine kräftige Erhöhung der Einfuhren zur Folge gehabt. Da jedoch gleichzeitig die Ausfuhren kräftig stiegen, hat sich der Saldo der gemeinschaftlichen Warenhandelsbilanz nicht wesentlich verändert. Das Preisniveau der Gemeinschaft dürfte sich nach oben bewegen — ein Anzeichen für die beginnende Konjunkturüberhitzung besonders in der Bundesrepublik.

Für die einzelnen Länder sind folgende Tendenzen zu verzeichnen:

**Bundesrepublik:** Dynamischer Charakter der Konjunktur, ausgesprochen zuversichtliche Produktionserwartungen, lebhafte Tätigkeit auch in den kommenden Monaten.

**Frankreich:** Sehr dynamische Entwicklung der Produktion in allen Bereichen, wachsende Auftragsbestände, anhaltende kräftige Expansion in den nächsten Monaten.

**Italien:** Ständig verbesserte Produktionserwartungen und größere Auftragspolster.

**Belgien/Niederlande/Luxemburg:** Auch hier bleibt die Produktionstendenz steigend, anhaltend rasches Produktions- und Expansions-tempo in den kommenden Monaten.

Insgesamt dürften die Gleichgewichtsbedingungen im weiteren Verlauf des Jahres ungünstiger werden, was sich insbesondere in der Zahlungsbilanz und in einem Anziehen der Preise niederschlagen wird; die Verschlechterung des Preisklimas ist konjunkturpolitisch um so bedenklicher, als die Wirtschaftspolitik in den Vereinigten Staaten dem Ziel der Preisstabilität im Hinblick auf einen besseren Ausgleich der Zahlungsbilanz gegenwärtig Priorität beimißt.

Gerade in einer heißen Konjunktur wäre aber eine bessere Koordinierung der Konjunkturpolitik sowie eine währungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unerläßlich.

*Dieter Kuhr*